

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : Tinakratie?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«There is no alternative» (Tina), hieß das neoliberalen Bekenntnis der *Margaret Thatcher*. Das Kürzel von der angeblich fehlenden Alternative «Tina» stand für die Ideologie des globalen und totalen Marktes. Soweit sind wir heute. Wir werden von «Tinakratie» beherrscht, einem System, das von sich behauptet, ohne Alternative zu sein. Die «freie» Marktwirtschaft wird durch ihre Totalisierung zu einer neuen Form von Zwangswirtschaft. «Wir alle sind Getriebene», antwortet der Chef des größten deutschen Software-Konzerns (SAP) auf die Frage, warum er Arbeitsplätze seines Konzerns nach Indien auslagern wolle, obwohl er eine Rendite von 23 Prozent erwirtschaftete (Spiegel, 24.11.03).

Der *historische Materialismus* feiert fröhlich Urständ, wenn auch in der neoliberalen Variante, dass nur der sich selbst überlassene Markt den Menschen eine bessere Zukunft verheißt, das aber mit derselben historischen Notwendigkeit wie weiland die Sozialisierung der Produktivkräfte. Dafür sind heute Opfer zu bringen, Entlassungen hinzunehmen, niedrigere Löhne, Sozialabbau.

Zwar sagte Frau Thatcher, sie kenne nur Individuen und *keine Gesellschaft*. Das ist natürlich falsch: Der Markt ist das neue Kollektiv, das die Individuen vergesellschaftet, bis sie nicht einmal mehr in der Lage sind, an eine Alternative zu denken. Diese Kollektivierung findet auch in der europäischen Sozialdemokratie statt, die sich von «Tina» immer mehr beherrschen lässt, selbst dann, wenn sie zu regieren vorgibt. *New Labour* hat es vorgemacht. Die soziale Abrissbirne wurde allerdings nicht so kraftvoll geschwungen wie jetzt bei der SPD. Das hatte Frau Thatcher noch selbst besorgt. New Labour gab sich nur als Nachlassverwalter eines «Thatcherismus ohne Thatcher». Ganz anders die Schröderpartei, die niederreisst und madig macht, was einst Errungenschaften der Arbeiterbewegung waren. Schröder wolle, so heißt es, als «Reformer» in die

Willy Spieler

Tinakratie?

Geschichte eingehen. Wohl eher als Totengräber der Sozialdemokratie.

Das Elend der «neuen» Sozialdemokratie

Der *Pragmatismus* der «neuen» Sozialdemokratie will die Marktverhältnisse nicht mehr ändern, sondern versuchen, mit ihnen zu leben. Das kann nur schief gehen; denn da soll Unvereinbares harmonisiert werden: *Tinakratie und Sozialdemokratie*. Die Schröderpartei, deren Generalsekretär am liebsten den «demokratischen Sozialismus» aus dem Parteiprogramm gestrichen hätte, verabschiedet sich von der *sozialen Gerechtigkeit*, die sie vor den Wahlen beschwore. Andere Wörter werden einem Bedeutungswandel bis ins Gegenteil des ursprünglich Gemeinten ausgesetzt: «Reformen» zum Beispiel. Wenn weniger privilegierte Deutsche von Schröder & Co. nur schon das Wort hören, haben sie Grund sich zu fürchten.

Diese «Reformen» bedeuten Lohnverzicht, weniger Geld und mehr Armut für Kinder, Betagte und Kranke. Mit der Pflicht, auch unzumutbare (Zwangs-) Arbeit anzunehmen, bekämpft Schröder die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit. Er liquidiert soziale Errungenschaften, für die sich die SPD als Partei der kleinen Leute in einer 140jährigen

Geschichte einsetzte. Die *Umverteilung* läuft jetzt anders herum: *von unten nach oben*. Fraktionschef Müntefering klittert die Geschichte seiner Partei: «Aber die SPD wurde nicht primär gegründet, um Verteilungsgerechtigkeit zu organisieren. Unser Kennwert ist immer die Freiheit gewesen» (Spiegel, 22.9.03). Und «die wirkliche Freiheit», weiss Schröder, sei ja schliesslich nur noch «die Einsicht in die Notwendigkeit» (Spiegel 19.4.03).

Dass unsozial sein muss, wer sozial sein will, ist die letzte Parodie auf diesen *Vulgärmaterialismus*. «Sozial ist, was Arbeit schafft», lautet Schröders Neudefinition der «sozialen Gerechtigkeit». Er sagt damit nichts anderes als ein Neoliberaler vom Schlag des Hayek-Bewunderers Roberto Campos, der Planungsminister in der brasilianischen Militärregierung war. In abgrundtiefer Verachtung der befreiungstheologischen Option für die Armen meinte dieser: «Genaugenommen kann niemand für die Armen optieren. Die Option, die getroffen werden kann, gilt dem Investor, der Jobs für die Armen schafft.» Schröders Option gilt den Aktionären, die ihre Kursgewinne steuerfrei einstreichen dürfen, während Arbeitende bis gegen 50 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus abliefern müssen.

Gerechtigkeit sei eben nicht mehr «Ergebnisgleichheit», meinte schon das Schröder-Blair-Papier. Als ob die Gleichmacherei je ein sozialdemokratisches Ziel gewesen wäre. «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen» enthielt vielmehr das Recht auf individuelle Differenz dank Sozialismus. Dabei kann Ergebnisgleichheit durchaus ihren Sinn haben: z.B. beim Wahlrecht, wo jede Stimme gleich zählt. Aber auch im Gesundheitswesen, wenn sonst die Zweiklassenmedizin droht und man Armut am Gebiss erkennt. Ja, sogar die Ungleichheit kann im Dienste der Gleichheit stehen: Wenn die Chancen für Bildung und Arbeit ungleich sind, dann muss für die weniger privilegierten Men-

schen eben auch mehr getan werden als für jene, die aufgrund ihrer Herkunft bessere berufliche Möglichkeiten haben.

Und warum sollen die *Renten* nicht mehr gesichert sein? Etwa wegen der demographischen Entwicklung? Warum sichert die SPD die Arbeitgeberbeteiligung nicht über die Wertschöpfung der Betriebe? Die Produktivität steigt ja auch dann noch, wenn die Zahl der jüngeren Arbeitskräfte sinkt. Die Angstmacherei mit der Überalterung lenkt nur von der richtigen Strategie ab, das Geld dort zu holen, wo es unverdientermaßen liegt. Die Abgaben für die Reichen und Superreichen fallen in Deutschland ohnehin unter das Niveau vergleichbarer Länder. Auch die einkommensabhängige «Bürgerversicherung» fürs Rentenalter wäre ein Beitrag zur Schliessung der «Gerechtigkeitslücke».

Weniger Staat durch mehr Sozialismus

Natürlich gibt es «*Sachzwänge*», die eine linke Regierung, sofern sie überhaupt eine sein will, in Schwierigkeiten bringen. So wenn die Reichen abhauen, weil sie weniger oder gar keine Steuern mehr bezahlen wollen. So wenn der Kündigungsschutz unterlaufen wird, weil die Kapitalseite keine Neuanstellungen mehr tätigt. Oder wenn die Lohnnebenkosten die Arbeit so sehr verteuern, dass sie ins Ausland verlagert wird. (Deutschlands Kapital hat in den letzten Jahren 2,4 Millionen Arbeitsplätze exportiert.)

Nur sind das alles keine «*Sachzwänge*» an sich, sondern *Systemzwänge*, die es im Fall einer Wirtschaftsdemokratie so nicht gäbe. Eine Linke, die nicht sieht, dass es bei den sog. Sachzwängen um strukturelles Unrecht, letztlich um den alten Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit geht, eine Linke, die vielmehr das herrschende System als das naturgegebene ansieht, befindet sich zwangsläufig auf der Verliererseite. Was Not tut, ist nicht die «neue» Sozialdemokratie von Schröder und Blair, son-

dern eine Alternative zum Neoliberalismus, ein «Neosozialismus», der die Ideologie der Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche durch die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche ablöst.

In der Politik hiesse das *mehr Partizipation* der Bürgerinnen und Bürger auch bei Sachgeschäften, weniger Kundinnen und mehr Staatsbürgerinnen, weniger bourgeois und mehr citoyens. *Initiativen und Referenden* wären nicht nur in der Schweiz wichtige Instrumente zur Verteidigung sozialer Errungenschaften. Aber auch die noch so direkte Demokratie hat letztlich das Nachsehen, wenn sie der Tinakratie ausgeliefert ist und nicht mit *Wirtschaftsdemokratie* verbunden wird.

In der Wirtschaft kann Tinakratie nur durch mehr *Mitbestimmung* bis hin zur *Selbstbestimmung* der arbeitenden Menschen überwunden werden. Die einfachste Lösung liegt in der Übernahme von Betrieben durch die Arbeitenden, wenn trotz guten Gewinnchancen die Schließung oder die Auslagerung drohen. Öffentliche Hand und Landesbanken könnten eine solche Entwicklung mit Krediten unterstützen. Schwieriger wird der institutionelle Ausbau der (in Deutschland vorhandenen) Mitbestimmungsrechte der arbeitenden Menschen bis zu einem *Vetorecht* gegen Betriebsschließungen, Massenkündigungen, Auslagerungen usw. Das Kapital würde versuchen, sich für diesen «Standortnachteil» anderweitig schadlos zu halten. Das ist aber keine Sachfrage, sondern eine Machtfrage, die nicht durch Regierungen und Parlamente allein entschieden werden kann. Dazu braucht es die Mobilisierung der betroffenen Menschen, den politischen Streik, den Boykott.

Die soziale Gerechtigkeit braucht aber auch internationale Solidarität. Sie ist mit einem ruinösen Standort- und Steuerwettbewerb nicht vereinbar. Noch ist es möglich, dass Steuerflüchtlinge in die Schweiz umziehen, weil sie dem eigenen

Nachwuchs die deutsche Erbschaftssteuer nicht zumuten wollen. Nicht zu reden vom *Steuerhinterziehungsgeheimnis*, dessen erfolgreiche Verteidigung gegenüber der EU selbst einen SP-Politiker wie Zürichs Stadtpräsidenten mit «Zuversicht» erfüllt (NZZ 19./20,7.03). Und es braucht internationale Abmachungen, die Demokratie und Demokratisierung ermöglichen, statt sie wie in der real existierenden EU immer mehr einzuschränken. Es braucht nicht Stabilitätspakte im Interesse des Kapitals, sondern Sozialpakte im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Menschen, Ökologiepakte auch für unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Aber die eigentliche Pointe der Sache wäre, dass demokratischer Sozialismus, wenn er sich denn verwirklichen liesse, «weniger Staat» bedeuten würde. Je mehr nämlich die Menschen über Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft verfügen, desto gerechter werden auch die Erträge der Wirtschaft verteilt. Je besser also Wirtschaft und Gesellschaft selbst in der Lage sind, soziale Gerechtigkeit herzustellen, umso weniger braucht es den Sozialstaat für die Umverteilung angesichts massiver Einkommens- und Vermögensunterschiede. Darum enthielt schon das «sozialistische Programm» eines Leonhard Ragaz von 1919 die Lösung: «Möglichst wenig Staat! In allem möglichst viel freie Selbstregulierung des Lebens.» Nicht der Staat ist die Alternative zum Neoliberalismus, sondern die Demokratie, die Demokratisierung der Wirtschaft und die damit verbundene soziale Gerechtigkeit.

So und nur so wird die Sozialdemokratie wieder zur *Partei der Hoffnung* auf eine bessere Welt. Es gibt dazu «keine Alternative». Aber eben nicht im Sinne der Tinakratie, sondern im Sinne von Demokratie und Demokratisierung in Politik und Wirtschaft. Ja, es gibt keine Alternative zu Demokratie und Demokratisierung, weil nur sie den Menschen immer *neue Alternativen* ermöglichen.●